des Menschen, kein Sündenfall der ursprünglich reinen Gottheit, sondern urewige Verblendung des Absoluten ist der zeugende Grund allen Geschehens[1]. Aber zugleich (so lehrt die esoterische Richtung des Mantrayāna) ist das Absolute in seinem zweiten Aspekt Erleuchtung, höchste Wahrheit, Weisheit und Güte. Diese Seite ist der Urbuddha (hier Vairocana genannt), und seine Widerspiegelung ist unsere eigene Buddhanatur. Und nun bricht der wundervolle Glaube durch, daß einmal — in nicht mehr berechenbaren Äonen — das Absolute durch seinen Weg über die Schöpfung ganz gereinigt sein wird von allem Nichtwissen, aller Bosheit, Begehren und Wahn, so daß diese Welt, in der wir leben, wie wir nunmehr erkennen, nicht eine Verirrung des Absoluten ist, sondern vielmehr der notwendige Weg seiner Selbstdarstellung, seiner Bewußtwerdung und Selbsterlösung. Urewig alt ist die Welt, seit urewigen Zeiten rührt die Verblendung des Absoluten, aber doch kann, was von Ewigkeit her ist, untergehen, — also wird mit kühnem Gedankenflug gelehrt. Einmal am Ende der Zeiten wird alle Kreatur erlöst sein, dann wird das Absolute frei sein und nur noch strahlen im reinen Glanze seiner jetzigen lichten Hälfte, des Urbuddha. Dem Menschen aber liegt es ob, am großen Werke der Erlösung mitzuwirken. Wer erlöst da und wer wird erlöst? Erlöst das Absolute den Menschen? Der Mensch das Absolute? — Die Frage stellt sich hier nicht mehr, beides hat Buddhanatur: Erlösung dem Erlöser!

# UMSCHAU

## ZUR INNERPOLITISCHEN LAGE IN CHINA

VON GUSTAV AMANN, SCHANGHAI

Man sollte sich stets daran erinnern, daß Politik, innere wie äußere, in der ganzen Welt keine abstrakte, nur im politischen Willen und in der Macht der Regierenden ruhende Angelegenheit mehr ist, wie sie es in den alten Zeiten war, als die Regenten noch Völker und Länder, um mit Carlyle zu sprechen, „wie Schweine und ihre Ställe" verschacherten. Politik ist in unsrer demokratischen Welt vielmehr im Innern die Exekutive der sozialen Aspirationen der Völker und nach außen die ihrer Lebensinteressen geworden und wird, oft unsichtbar, und zwar auch nicht immer konsequent, aber in letzter

[1] Wenn wir heute nach den umfassenden kritischen Untersuchungen von P. W. Schmidt in seinem Werke „Der Ursprung der Gottesidee" (I 1912, II 1922, III 1931) als älteste religiöse Schicht (noch vor der animistischen) einen primitiven Urmonotheismus annehmen dürfen, in welchem ein über allen anderen religiösen Objekten stehender „Hochgott" (so genannt bei Andreas Lang, The Making of Religion 1898) als bewußte Persönlichkeit, als Schöpfer, Walter der sittlichen Ordnung und Richter erscheint, so mögen uns die im Mahāyāna teilweise zum Theismus neigenden — aber ihn nie erreichenden — Strömungen (z. B. der Amitābha-Kult) wie das Aufleuchten eines dem Menschen angeborenen Urwissens oder einer Urahnung erscheinen, eine Blutleuchte urältesten Lebens. Auf chinesischem Boden mag dem auch das Vorhandensein der Verehrung des „Höchsten Gottes", des Schang Di, psychologisch entgegengekommen sein. — Daneben aber erhebt sich jener andere Geist Asiens, das ins Unendliche strömende Übermenschentum, dem Größe alles und Werte fast nichts sind, zu einer ungeheueren Mystik von luziferischem Glanze (so ganz anders als beispielsweise die personale Mystik eines Paulus im Westen). Wenn hier der einzelne völlig wesenseins wird mit dem unendlichen Absoluten — denn der fromme Kult des Vairocana muß für den Esoteriker gegenüber dem umfassenderen unpersönlichen Absoluten verblassen —, und wenn das Absolute aus „Wissen" und „Nichtwissen", aus Himmlischem und Dämonischem wie eine baphometische Weltseele gemischt erscheint, so mag der Mensch vielleicht unendliche Größe erreichen, sicher aber völlige Relativierung aller Werte und frevelmütige Hybris, der Nichtgefestigte aber Verwirrung und Zusammenbruch. Und darum hat auch die esoterische Richtung (chin. Mi Dsung) ihre Anschauungen über diese letzten Dinge nur einem vertrauten Kreise als Geheimlehre (chin. Mi Giau) weitergegeben, bis sie — von der Ming-Dynastie wegen Staatsgefährlichkeit verboten und ausgerottet wurde. Ideen aber lassen sich nicht totschlagen, sie leben und wirken noch heute und warten der Verwandlung.

Instanz doch bestimmend, von diesen Volksbelangen diktiert.

Von diesem Gesichtspunkt aus muß man auch die politischen Vorgänge der letzten beiden Monate in China betrachten, um sich richtig in die Ereignisse einzufühlen. — Die Provinzialregierung Dschang Hüe-Liangs hat unter dem Druck der Verhältnisse nichts anderes tun können, als sich vor dem Vormarsch der Japaner schrittweise aus den drei äußeren Provinzen zurückzuziehen, wie sie es getan hat. Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung in der Mandschurei durch das chinesische Heer wurde ganz unmöglich bei der Anwesenheit der japanischen Eindringlinge; denn die chinesischen Truppen hassen die Japaner als bittere Feinde. Es gab nur die Alternative: das chinesische Heer zurückzuziehen oder es einen aussichtslosen Krieg gegen Japan führen zu lassen. Ein verlorener Krieg mußte aber die fraglose Einbuße der Provinzen bedeuten.

Es war gewiß eine unendlich schwierige Lage für die Regierung Tsiang Kai-Scheks. Das chinesische Volk war aufs äußerste erbittert. Wie überall, so denkt auch in China der einfache Mann leidenschaftlich und nicht analytisch; das Volk forderte Kampf: Boykott, Generalstreik, wenn nicht Krieg; es verstand das Verhalten der Regierung nicht, es griff die Regierung heftig an. Dazu gesellte sich die Uneinigkeit der regierenden Klasse als erschwerendes Moment. Tsiang Kai-Scheks Prinzipientreue hatte ihn verhindert, der separatistischen Bewegung der Hu-Han-Ming-Fraktion der Kuomintang in Kanton mit den Waffen zu begegnen. Der Einbruch der Japaner in die Mandschurei hatte darum die Nanking-Regierung in einem latenten Kriegszustand mit Kanton überrascht. Tsiang Kai-Schek glaubte indessen, daß die Gefahr des Reichs, Provinzen einzubüßen, zur Wiedervereinigung führen müsse und werde, und bot sich an, der Einigkeit jedes persönliche Opfer zu bringen. Es erwies sich jedoch, daß die Opposition im Gegenteil nicht an Einigung dachte, sondern daran, die Volksverwirrung über die äußere Lage zu benutzen, um Tsiang Kai-Schek zum Rücktritt zu zwingen.

Es gab nun zwei Wege für die Regierung Tsiang Kai-Scheks. Sie mußte sich entschließen, welchen sie gehen wollte: gegen Kanton Krieg zu führen oder zurückzutreten. — Der Krieg gegen Kanton war bereits wohl vorbereitet. Die Parteiheere sperrten den Vormarsch der Heere Kantons an der Grenze Hunans und Kuangsis in unüberwindlicher Stellung und Stärke, und eine Einfallsarmee stand in Kiangsi bereit, sich durch Fukiën auf Kanton zu werfen. Der Erfolg des Feldzugs konnte nicht zweifelhaft sein. Mit den Beschlüssen des Völkerbundes in Paris war auch in dem Konflikt mit Japan eine Entscheidung gefallen, die die Stellung der Regierung Tsiang Kai-Scheks nach außen genugsam befestigte, um den Krieg im Innern wagen zu lassen.

Tsiang Kai-Schek und seine Regierung entschlossen sich zurückzutreten. — Jahre der Opfer, der Hingebung an das Geschick der Partei und für ihre Herrschaft im Reiche lagen hinter Tsiang Kai-Schek; er war nicht gewillt, jetzt Parteientscheidungen mit der Waffe zu erzwingen.

Die Opposition der Hu-Han-Ming-Fraktion der Kuomintang richtete sich gegen den bestimmenden Einfluß, den die Militärfraktion in der Nanking-Regierung in allen Dingen auszuüben in der Lage war. Sie wendete sich gegen Tsiang Kai-Schek in seiner Stellung als Präsident der Regierung und Generalissimus in einer Person, von der aus er die Oppositionstätigkeit in der Regierung und in der Partei kraft der Militärgewalt beschränken konnte und mit der Verhängung von Hausarrest über Hu Han-Ming auch beschränkt hatte. — Der ideologische Untergrund zu diesem Tatverhalt war dabei der folgende: es verlangte die Doktrin Sun Yat-Sens, daß zu dem Zweck, das Volk zur unmittelbaren Ausübung seiner Regierungsrechte (Berufung und Abberufung von Beamten und Bestimmung und Wiederaufhebung von Gesetzen) hinanzuführen, nur eine Partei in China regieren solle. In der Praxis hatte sich aber unter dieser Doktrin die These herausgebildet, daß, wenn nur eine Partei regieren sollte, dann auch keine unbeschränkte Oppositionsfreiheit in Partei und Regierung herrschen dürfe. Auf der anderen Seite verlangte die Doktrin aber auch, daß das Militär nur Werkzeug der Zivilregierung sein dürfe. Die Opposition stellte sich nun auf diesen letzteren Grundsatz und verurteilte die These, die die Praxis legitimierte. Faktische Be-

schränkung der Opposition in Nanking trieb sie dann zur Separation, nach Kanton, wo sie unter dem Militärschutz Tschen Dsi-Tangs eine Fraktionsregierung aufsetzte und Nanking den Krieg erklärte.

Nach dem Rücktritt der Regierung Tsiang Kai-Scheks löste sich die separate Kuomintang-Regierung in Kanton auf und übernahm das Regime in Nanking. Auf der Delegiertenversammlung der Kuomintang, dem ersten Schritt, mit dem sich der Regierungswechsel vollzog, wurde dann das Organisationsgesetz der Zentralregierung geändert: die Militärgewalt wurde von der Zivilgewalt getrennt. Indessen erwies es sich unter dem Druck des Konfliktes mit Japan von allem Anfang an, daß die Regierung eine außenpolitische Haltung ohne Hinzuziehung der Militärfraktion der Zentralprovinzen nicht gewinnen konnte. Die Regierung sah sich genötigt, deren Exponenten, Tsiang Kai-Schek, zu ersuchen, in die Verantwortung für die auswärtige Politik wieder mit einzutreten; es wäre die nationale Front sonst in einem Augenblick ohne Soldaten geblieben, wo das Volk von seiner Regierung gebieterisch Abwehr, militärisch-defensiven Widerstand, wenn nicht Krieg, gegen Japan forderte.

Es zeigte sich dabei, daß der Opposition für ihren Regierungsversuch über dem Dilemma, in dem sie sich mit ihrer auswärtigen Politik befand, und über der eignen Hilflosigkeit gegenüber ihrer finanziellen Lage nur eine kurze Frist vergönnt war. Nachdem Tsiang Kai-Schek mit vaterländischen Vorhaltungen dazu bewogen worden war, sich an der Beschlußfassung über die Haltung gegen Japan zu beteiligen, erwies sich, daß seine Fraktion auch unter den Politikern der Opposition einen starken Anhängerkreis für die Fortsetzung der Politik der vergangenen Regierung besaß. Die neue Regierung mußte ihre eigene Plattform eines Abbruchs der diplomatischen Beziehungen räumen; Regierungspräsident, Außenminister und Finanzminister gaben den Versuch, nach ihrem Sinne zu regieren, als undurchführbar auf.

Inzwischen hatten die Japaner aber die Zeit benutzt, ihre Stellung in der Mandschurei sehr zu konsolidieren. Sie haben es verstanden, die chinesische Landesverwaltung in den hohen Sitzen der drei Provinzhauptstädte wie in den maßgebenden Landkreisen mit willfährigen chinesischen Beamten zu besetzen. Sie haben die zivile Widersetzlichkeit zu entmutigen gewußt, sie haben, was an chinesischem Militär noch im Lande stand, nach Norden über Charbin mit bewaffnetem Nachdruck hinausgedrängt und den letzten administrativen Fußhalt, den Dschang Hüe-Liang sich mit einer provisorischen Provinzialregierung in Gin Dschou noch bewahrt hatte, unter Kriegsdrohung zum Abzug nach dem Innern der Großen Mauer genötigt. So ist es auf diesem Wege Tatsache geworden, daß Japan jetzt nur noch das Jehol-Gebiet und die Östliche Mongolei gleicherweise zu durchdringen bleibt, um mit der Waffe und doch „ohne Krieg" und in einer Weise, die die chinesische Administration formal bestehen läßt, das ganze Gebiet der Nordöstlichen Provinzen eingenommen zu haben.

Aber die Friedenspalme gebührt bei diesem allem und für diese ganze Okkupationsperiode der chinesischen Zentralregierung. Während sie den Völkerbund um Schutz und Hilfe gegen den Einbruch in die Landeshoheit anrief, hat sie höchst loyal allen Einfluß aufgeboten, den Ausbruch wirklichen Kriegs im Fernen Osten zu verhindern: auf Dschang Hüe-Liangs Provinzialregierung dahingehend, daß er in der Mandschurei kampflos vor der Aggression Japans zurückwich; auf die Hope-Provinzialregierung dahingehend, daß auch sie auf die Kampfhandlungen Japans in Tiëntsin mit passivem Nachgeben geantwortet hat. Die schwierige Lage Dschang Hüe-Liangs hatte seine politischen Gegner zu einem bewaffneten Putsch auf die Chinesenstadt Tiëntsins verleitet, und dieser Anlaß war von Japan benutzt worden, unter dem Titel des Schutzes für seine Tiëntsin-Niederlassung militärisch einzugreifen. Hatte Japan, wie man vermuten kann, mit seinem Vorgehen in Tiëntsin einen Kriegsanlaß gesucht, so ist das auch da an dem friedfertigen Eingehen der Chinesen auf alle japanischen Forderungen gescheitert.

Indessen war diese ganze Haltung der chinesischen Behörden seit dem 18. September im Volke höchst unpopulär. Seine Aspiration, einen souveränen Staat zu bilden, sein Stolz forderten Abwehr der Aggression, defensiven militärischen Widerstand, Krieg gegen Japan mit solchem Nachdruck, daß sich die Regierung Tsiang Kai-Scheks, wie

schon gesagt, Anfang Dezember veranlaßt sah, mit dem geschilderten Rücktritt eine Verbeugung vor dem Volkswillen zu machen. Der Rücktritt, die Erfahrungen bei dem Regierungswechsel und die Wiederkunft der ursprünglichen Richtung der Politik gegenüber Japan zur Geltung in der Regierung haben aber an der Geisteseinstellung des Volkes gar nichts zu ändern vermocht. Die Regierung war also letztlich trotz aller Anstrengungen, es zu vermeiden, durch die Volksmeinung gezwungen, bei dem neuerlichen Anlaß, den Japan zu militärischem Vorgehen in Schanghai gefunden hat, defensiven Waffenwiderstand zu dulden und zu billigen. (Abgeschlossen: 10. 2. 1932.)

## HSÜ TSE-MOU GESTORBEN

Durch einen Flugzeugunfall in Schantung hat China im November v. J. einen der besten unter seinen jungen Dichtern verloren: Hsü Tse-Mou. Sein Name ist auch den Mitgliedern des China-Instituts wohlbekannt. Er war es, der 1928 bei seinem zweiten Besuch in Frankfurt mit Professor Rich. Wilhelm verabredete, einen Austausch alter und neuer Kunst zwischen Deutschland und China einzurichten, ein Vorschlag, für den er nach seiner Rückkehr nach China bei dem Präsidenten des Zentralforschungsinstituts, Tsai Yüan-Pe, lebhafte Unterstützung fand, der aber wegen Geldmangels infolge der Hungers- und Überschwemmungsnot nicht gleich durchgeführt werden konnte und nun durch den Tod des Dichters vielleicht auf längere Zeit unmöglich gemacht werden wird.

Hsü Tse-Mou stammte aus einer reichen Familie in Tschangtschau in der Provinz Kiangsu. Er studierte zuerst in England und kam dann nach Deutschland, wo er hauptsächlich in Berlin weilte, aber sich auch durch Reisen des weiteren informierte. Nach China zurückgekehrt, begegnete er der bekannten „neuen Kulturbewegung" unter der Führung von Dr. Hu Schï, welcher die bisher verachtete Umgangssprache in die Literatur einzuführen bestrebt war. Hsü Tse-Mou griff diesen Gedanken mit Feuereifer auf und wurde sein tatkräftiger Förderer, indem er den Gegnern bewies, daß die Umgangssprache in Poesie wie in Prosa ebenso sinnvoll und ästhetisch verwendet werden kann wie die alte Literatursprache. Fortan dichtete und schrieb er in dieser „modernen Nationalsprache" (Guo Yü), und seine Gedichte fanden die weiteste Verbreitung. Zuerst Mitarbeiter an der von Dr. Hu Schï herausgegebenen Zeitschrift „Nu Li", trat er im März 1928 mit einer neuen Zeitschrift „Sin Yüo" (Der neue Monat) hervor, mit der er großen Erfolg hatte. Außer seinen Gedichten sind seine Sammelbände „Eine Nacht in Florenz", „Pariser Eindrücke" und „Rechtfertigung" am bekanntesten geworden. Phantasie und starkes Gefühl, aber auch ein bewußtes und gewolltes Heranziehen europäischen Empfindens gaben seiner Prosa wie seiner Poesie ein ganz neuartiges Gepräge.

W. Y. Ting.

## DAS BRIXENER ERBE DER CHINESISCHEN REGIERUNG

Wie uns die chinesische Gesandtschaft in Rom mitteilt, entspricht die weit verbreitete Meldung, das Erbe des in Brixen verstorbenen Sonderlings Heinrich Basse sei der chinesischen Regierung „zur Bekämpfung der europäischen Rasse" vermacht worden, nicht dem Sinn des Testaments. Es handle sich vielmehr um einen Wunsch des Verstorbenen, an seinem Teile Mittel dazu beizusteuern, die alte chinesische Kultur, mit der er sich viel beschäftigt und für die er ein tiefgehendes Interesse gefaßt hatte, gegenüber dem Ansturm der westlichen Zivilisation aufrechtzuerhalten.

# BÜCHERBESPRECHUNGEN

Wilhelm, Richard: Der Mensch und das Sein. Herausgegeben von Frau S. Wilhelm. Mit einem Vorwort von Dr. Stephan Kuttner. (Eugen Diederichs Verlag, Jena 1931.)

Das vorliegende Werk ist ein posthumer Sammelband verschiedener Vorträge und Abhandlungen Richard Wilhelms, die um das Thema „Der Mensch und das Sein" kreisen, zugleich aber eine ständige Auseinandersetzung zwischen dem chinesischen Geiste und dem unsrigen darstellen. Ja, diese Auseinandersetzung ist gewissermaßen der Untertitel und vor allem die psychologische